

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

199 (26.8.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementpreis:
Bierteljährlich:
In Karlsruhe bedienungsfrei
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr:
Die 10tägige Kolonelleise
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträglich
sonstige Anträge
Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Nr. 199. L. Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch, den 26. August

1896.

Die Absonderung des katholischen Volkes.

Der „Bad. Beob.“ ist sehr entrüstet über den Vorwurf, den der Artikel „Ein Wort an die Katholiken Badens“ gegen die Centrumpartei erhoben hat, daß sie eifrig bestrebt sei, das katholische Volk abzusondern, und daß infolge dessen das katholische Volk an dem wirtschaftlichen Aufschwung nicht teilnehmen könne. Das Centrumsblatt weist auf den Secteismus und die Vorurteile hin, auf Gegenden, in denen es fast ausschließlich Katholiken gebe und in denen es daher unmöglich sei, die Katholiken von der übrigen Bevölkerung künstlich abzusondern und wo trotzdem die Verschuldung am stärksten sei. Der Vorwurf der „Bad. Landeszeitg.“ gegen die Centrumpartei, meint das ultr. Blatt, werde also durch die Thatsache ad absurdum geführt. Wir haben dies schon kurz als einen Versuch, den Sinn unserer Ausführungen zu verdrehen und umzubringen, zurückgewiesen, wollen aber doch noch mit einigen weiteren Worten darauf zurückkommen.

Wir haben uns schon dem äußerlichen Wortlaut nach nicht auf die Behauptung beschränkt, die Centrumpartei suche die Katholiken „von der übrigen Bevölkerung“ abzusondern — obwohl auch das versucht wird, wo es angeht — unser Korrespondent hat vielmehr wörtlich geschrieben:

Das eifrigste Bemühen der Centrumpartei war stets darauf gerichtet, das katholische Volk abzusondern, es von allen fremden Einflüssen und jedem frischen Luftstrahl abzuschließen, es so nicht teilnehmen zu lassen an den geistigen Bewegungen, welche die übrige Bevölkerung ergreifen.

Dieser Wortlaut zeigt ohne jedes weitere Wort der Begründung, daß wir uns mit vollem Recht über Verdröhnung und Umdeutung des Sinnes unserer Ausführungen beschwerten. Diese ganz genau bezeichnete Art der Absonderung kann man auch in einer Gegend, ja in einem ganzen Lande mit vollständig ungewohnter katholischer Bevölkerung verfolgen. Thatsächlich werden auch in Secteismus sowohl als in der Vorurteilhaftigkeit der Auffassungen gemacht, das katholische Volk von allen fremden Einflüssen abzuschließen, und eine in die Einzelverhältnisse hineinreichende vergleichende Statistik würde überraschende Beispiele für die hemmende Wirkung des kirchlich-ultramontanen Einflusses liefern.

Sodann aber kann kein verständiger Mensch aus unsern Ausführungen die Behauptung herauslesen, daß jeder einzelne katholische Bauer oder jede Gegend, die wirtschaftlich zurückbleibe, dies nur der durch die Centrumpartei versuchten Absonderung zu verdanken habe. Wirtschafswissenschaften pflegen wir unsern Lesern nichts als neue Entdeckungen vorzutragen, für den „Beob.“ und seine Verfasser aber muß nach den neuesten Erfahrungen ausdrücklich hervorgehoben werden, daß einzelne Personen und einzelne Gegenden durch in ihnen selbst liegende Umstände von der ebenbürtigen Teilnahme am wirtschaftlichen Aufschwung ausgeschlossen sein können. Wir wollen dem „Beob.“ vorlichtermaßen auch gleich mitteilen, daß wenn einmal der Satz in der „Bad. Landeszeitg.“ stehen sollte, Trunkfucht bringe den Geschäftsmann wirtschaftlich zurück, damit nicht behauptet werden will, jeder Geschäftsmann, der nicht vorwärts kommt, sei ein Trunkenbold. Mit dieser Kniffen sollte der „Beob.“, wenn er ernst genommen werden will, denn doch nicht kommen!

Früher schon von uns angeführt, von der Statistik an die Hand gegebene, wirklich beweiskräftige Beispiele dagegen hat der „Beob.“ unseres Erinnerns bisher vollständig ignoriert. In dem der „Köln. Ztg.“ entnommenen Artikel über „Konfession und Schuldenlast“ war u. a. ausgeführt: „Die in einer Denkschrift des Finanzministeriums dem letzten badischen Landtag unterbreitete landwirtschaftliche Verschuldungsstatistik beweist, daß es nicht die glücklicheren Produktionsbedingungen sind, die der protestantischen landwirtschaftlichen Bevölkerung das wirtschaftliche Uebergewicht vor den Katholiken verschafft haben; denn auch aus der Denkschrift beigegebenen Uebersicht über die Verschuldung nach geographischen Bezirken des Landes geht hervor, daß in allen die gleichen landwirtschaftlichen Verhältnisse aufweisenden Gegenden diejenige Amtsbezirke die geringst verschuldeten sind, die die Procentanteile in größerer Anzahl aufweisen. So steht z. B. in der überwiegend katholischen Donau- und Oberrhein-Region am besten der Amtsbezirk Balingen mit seiner zu ungefähr einem Drittel evangelischen Bevölkerung; im südlichen Schwarzwald sind es Schopfheim und Müllheim (Seibitz), im mittleren Schwarzwald Lahr und Emmendingen, in der oberen Rheinebene Berrach und Müllheim (die Gemeinden im Rheinhals), in der mittleren Rheinebene Kehl und Lahr, in der unteren Rheinebene Karlsruhe und Durlach, im Pfalz- und Kraichgau Eppingen und Sinheim, im Bauland Wertheim und im Oberrhein Weinheim, welche an der Spitze stehen, lauter Amtsbezirke mit überwiegend, oder doch zur Hälfte protestantischer Bevölkerung.“ In diesen Beispielen mag der „Bad. Beob.“ doch endlich einmal die Hebel seiner Widerlegungskunst ansetzen!

Vom Tage.

Die Lösung der Krise.

Diesmal ist der „Reichsanzeiger“ für die Mitteilung, die er über die Krisengerüchte bringt, des allgemeinen Beifalls sicher. Es ist in der That nichts besser geeignet, die Lage zu klären, als der kurze Satz, daß der Kaiser sein Placet unter den Entwurf der Militärreformgesetzgebung gegeben hat. In dem Entwurf der Militärreformgesetzgebung ist die Lösung der Krise im Herbst dem Reichstage zugehen wird. Damit ist nicht nur jeder Anlaß zu einer Krisenkrise weggefallen, sondern es sind auch alle die Gerüchte widerlegt, welche von weiteren Siegen des Militärcabinetts über die verfassungsmäßigen Berater des Kaisers nissen wollten — mit einem Worte, es wird der Krisenminister-Krise der größte Teil des sensationellen Beigeschmackes genommen, den sie bisher gehabt. Was den langen Ausführungen des „Reichsanzeigers“ über den Rücktritt Bronfarts von Schellendorff nicht gelingen wollte, das wird zweifellos durch die jegliche kurze sachliche Mitteilung erreicht: eine bedeutende Milderung der hochgespannten Lage, ohne große Verhütung. Selbst die Annahme, daß es sich beim Rücktritt des Krisenministers nicht sowohl um Kompetenzkonflikte, als um persönliche, in dem Gesundheitszustande Bronfarts liegende Motive gehandelt, besitzt jetzt nicht mehr die Innehaltbarkeit wie bisher. Immerhin bleibt gerade nach dieser Seite noch ein Anstand von Verognissen übrig, und es ist sehr wahrscheinlich, daß derselbe auch im Reichstag zu scharfen Ausdrücken kommt, trotzdem ja der Kaiser mit seiner Person den Chef des Militärcabinetts gedeckt hat. Aber die weitergehenden Befürchtungen sind doch gerechtfertigt; und kommt es, wie wohl wahr-

scheinlich ist, im Reichstag zu beruhigenden Versicherungen über die strenge Wahrung der konstitutionellen Formen, so wird hoffentlich die bewegte Episode dieses Sommers mit ihren kritischen Tagen erster Ordnung in ihren unerfreulichen Wirkungen endgiltig überwunden werden. — Was die angekündigte Reform des Militärstrafprozesses selbst anlangt, so wird man ja die näheren Details abwarten müssen, ehe man ihre Tragweite beurteilen kann. Eins wird man aber schon jetzt aussprechen können: Auch ganz abgesehen davon, daß wir jetzt Aussicht haben, in Deutschland auf einem weiteren sehr wichtigen Gebiete der Rechtspflege zur Einheit zu gelangen, wird die Reform sicherlich eine Verbesserung gegen früher bringen; dafür bürgt schon die Berufung des „Reichsanzeigers“ auf die Worte des Fürsten Dohnaloff im Reichstag. Ob freilich alles das erreicht werden wird, was man hofft und wünscht — das ist eine Frage für sich.

„Die Wahrheit über Armenien“ ist der Titel einer Serie von Artikeln, die Dr. J. Lepsius, ein Sohn des berühmten Egyptologen, im „Reichsbote“ veröffentlicht hat. Wir haben schon kurz mitgeteilt, welches der Inhalt der ersten Artikel war: der Nachweis, daß Armenien der Schauplatz einer Christenverfolgung gewesen ist, die an Grausamkeit an Schönheit der einzelnen Szenen so ziemlich alles hinter sich läßt, was man bisher unter dem Titel „Christenverfolgung“ in die blutgetränkten Bücher der Geschichte eingetragen hat. Das Material, auf das sich Lepsius stützt, ist das denkbar beste: die offiziellen Berichte der Botschafter, ergänzt durch eine große Zahl von Berichten der Augenzeugen, unter denen sich gleichfalls offizielle Persönlichkeiten wie Konsuln u. s. w. in Menge finden. Was an entsetzlichen Grausamkeiten während der Verfolgungen von den entmenschten türkischen Horden geleistet worden ist, gegen Männer, Frauen und Kinder, das niederzuschreiben sträubt sich die Feder. Und es ist dabei durch einwandfreie Zeugen über jeden Zweifel erwiehen, daß die Armenier nirgends auch nur den geringsten Anlaß zu etwaigen „Angelegenheiten“ gegeben haben, daß es sich vielmehr um planmäßige, unter voller Billigung, meist sogar unter Leitung der Behörden in Scene gesetzte Verbrechen handelte. Alles in allem sind an 100 000 Armenier hingerichtet, zahllose Frauen, Mädchen und Kinder in die Sklaverei geschleppt worden. — Das Resultat, zu dem Lepsius schließlich in seinen Ausführungen kommt, ist folgendes:

Die armenischen Massacres sind nichts anderes gewesen, als eine administrative Maßregel, welche im Namen des Sultans von Seiten der Centralregierung angeordnet, mit nur allzu großer Bereitwilligkeit von den Provinzialbehörden ausgeführt wurde. In Bezug auf Ort, Zeit, Nationalität der Opfer und sogar Methode des Mordens und Plünderns sei der Gesamtheit der Vorgesetzten ein einheitlicher Plan zu Grunde gelegen. Betroffen wurden diejenigen Bezirke, in denen Verneinungen eingekauft werden sollten, und der Schlag sollte nur die Armenier treffen; es war wiederholter freiger Vorschlag ergangen, die anderen Nationen zu schonen, namentlich die Griechen, weil man es sonst sofort mit Unfland zu thun bekommen hätte. Die gesamte türkische Bevölkerung, die Straflosigkeit zugesichert erhalten hatte, sei sich bewusst gewesen auf Befehl und im Namen des Sultans zu handeln; nachweislich war ihr auch mitgeteilt, daß das Vorgehen gegen die Christen auch die Billigung des Scheich-ul-Islam besitze. Die Frage, ob der Befehl von der persönlichen Initiative des Sultans ausging, oder ob er durch die verschlagene Kunst der Palastmännlein und gefälschte Berichte dazu veranlaßt worden sei, will der Verfasser offen lassen, aber der autokratische Monarch trage die volle Verantwortlichkeit für die Verbrechen, und die Stimme der Tüthen bezeuge ihn auch unüberwunden als den letzten Urheber der Massenmorde und Plünderungen. „Das Urteil der Geschichte“, schließt der Verfasser, „wird kaum ein anderes sein können, denn durch zwei Jahrhunderte hat sich dieser Mann als den ersten Repräsentanten des alttürkischen Fanatismus erprobt. Durch die Uniformierung türkischer Mörderbände, welche nun als Sammelbegriff unter nach seinem Namen genannt werden, hat er die vornehmlichsten Werkzeuge zur Verwirklichung seiner christlichen Unterthanen geschaffen und durch die Beförderung und Beförderung der am meisten in den Massacres complicitäten Regierungsbeamten hat er die Urheber der größten Schandthaten als die ausserwählten Mittstange seiner Politik bezeichnet und durch die Straflosigkeit von allen und jedem, was in dieser Sprechzeit geschah, sein kaiserliches Siegel unter ein Regiment des Mordes und des Vandalismus ohne gleichen und unter einer der größten Christenverfolgungen aller Zeiten gesetzt.“

Deutsches Reich.

„Berlin, 24. Aug. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß der anscheinend drohende Rücktritt von Wilmanns mit Streitigkeiten zwischen Wilmanns und Dr. Kayser im Zusammenhang stehe. Herr v. Wilmanns beabsichtigt nicht zurückzutreten und das Verhältnis zwischen ihm und dem Direktor der Kolonialabteilung sei nicht nur ein ungetrübbtes, sondern ein recht freundschaftliches.“

„Berlin, 24. Aug. Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Nicht das Militärcabinet als solches, sondern eine Linie zu ihm gehörende Persönlichkeit ist es, die Grund ihrer Stellung in der Lage, von ihrem Einflusse einen Gebrauch zu machen, der unsern Gracien nicht im öffentlichen Interesse liegt. Nach der am 24. April 1896 herausgegebenen Rang- und Quartierliste besitzt das Militärcabinet aus dem General v. Dahnke als Chef, sodann aus dem Generalmajor v. Epp, dem Oberst v. Willmann, den Majors v. Grafen, v. Hartung, Freiherr v. Diepenbrock-Grüter, v. Seydewitz und dem zur Dienstleistung kommandierten Major v. Eberlitz, v. Marchtaler. In Betracht kommen daneben noch im Hauptquartier des Kaisers als dienstthuender Generaladjutant Generalleutnant v. Pfeffen, als dienstthuender General v. la suite Generalmajor v. Kessel und v. Engelbrecht, als dienstthuende Flügeladjutanten die Obersten v. Scholl, v. Arnim, v. Molke und Major Graf v. Molke. Die „Freis. Ztg.“ schreibt: „O wenn Sie wüßten, mit welchen Schwierigkeiten ich oft zu kämpfen habe“, so äußerte einmal Kriegsminister v. Bronfart zu dem Abg. Eugen Richter in einer Unterredung, welche in der Session 1894/95 unmittelbar an eine Sitzung der Budgetkommission angeschlossen. In dieser war kurz vorher zum Vorschein gekommen, daß die als „stumpf wegfallend“ bezeichnete Stelle des Kommandanten von Altona neu besetzt worden war. Der Kriegsminister und der Schatzsekretär hatten das Etatswirdige des Vorgesetzten sogleich anerkannt. Ebenso war in derselben Sitzungsperiode der Budgetkommission zur Sprache gekommen, daß in etatswidriger Weise plötzlich mitten im Etatsjahr veräußert worden war, das Lehrbataillon in der Sommerhälfte auch im Winterhalbjahr zusammenzubehalten. Die Maßnahme konnte sachlich vom Kriegsminister kaum vertreten werden, denn der Zweck einer größeren Aufstellung von Wachposten für das neue Palais konnte auch durch jeden anderen Truppenteil erfüllt werden. Ogemwärtig verläßt wiederum, daß das Militärcabinet in der Verwendung über die Dispositionsfonds des Kriegsministers demselben vorgegriffen habe. Handelt es sich um ähnliche Vorkommnisse wie damals? Danach wird bemerkt im Reichstag scharf nachfrage zu halten sein. Jene Vorgänge in der Militärverwaltung im Jahre 1894/95 erregten auch das besondere Mißfallen des Schatzsekretärs Grafen Posadowski. Seitdem ist eingeführt worden, daß dem Reichstag von etwaigen etatswidrigen Vorgängen sofort bei der nächsten Vorlage des Etats Mitteilung gemacht wird.“

Ausland.

„Paris, 24. Aug. Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel: Die Botschafter der Mächte haben dem Minister des Aeußern eine Note überreicht, worin die Zugeständnisse enthalten sind, die sie verlangen, um zu einer Lösung der kretischen Frage zu gelangen. Der Minister hat dem Sultan diese Note zugestellt.“

„Gens, 24. Aug. Mehrere Bitter Kollektivisten hatten eine Zusammenkunft in dem Dorfe Bahagnies veranstaltet und wurden beim Verlassen des Dorfes von den Einwohnern angegriffen. Mehrere Kollektivisten wurden ernstlich verwundet, darunter Chesquiere, der Adjunkt des Maire von Ville.“

Baden und Nachbarländer.

„Karlsruhe, 25. Aug. Durch landesherrliche Verordnung wird das Justizministerium ermächtigt, erforderlichenfalls zu gestatten, daß bei Verfahren von Zwangsvollstreckungen die Versteigerung statt im Gemeindehaus, in anderen Gebäuden abgehalten werden kann. Damit wird ein Zustand beseitigt, der zu manchen Unzuträglichkeiten und Weiterungen führte und auf dem letzten Landtag insbesondere dem Abg. Schneyler zu energischen Beschwerden Anlaß gegeben hat. Nach einer weiteren landesherrlichen Verordnung kann für die Folge durch ortspolizeiliche Vorschriften an Sonntagen das öffentliche Auslegen und Aushängen von Waren an Verkaufsstellen in weiterem Umfange, jedoch nicht für die Stunden des vormittägigen Gottesdienstes und nicht für den ersten Christi-, Oftern- oder Pfingsttag gestattet werden.“

„Mannheim, 24. Aug. Heute Nacht spielte sich wieder eine Messeraffäre auf dem Neckplatz jenseits des Neckars ab, wobei der 24jährige Tagelöhner Andreas Proxter sehr schwer verletzt wurde. Nach dem allgemeinen Krankenhaus verbracht, mußten bei dem Verletzten die Nieren entfernt werden. Ob derselbe mit dem Leben davonkommt, ist zweifelhaft. Die Thäter, 4 junge Burschen, wurden verhaftet. — In Weinheim entstand verflornte Nacht gegen 1 Uhr ein größeres Schandfeuer. Zwei Wohnhäuser und zwei mit Heu und Frucht gefüllte Scheunen der Landwirthe Lang und Meiser brannten total nieder. Die Feuerwehr verhinderte die weitere Ausbreitung des Feuers, doch ist der Schaden ein sehr großer.“

„Waldbrunn, 24. Aug. Seit einigen Tagen herrscht hier ein reges Leben. Am 20. d. M. ist ein Bataillon des Infanterieregiments von Löhow (Nr. 25) hier zum Manöver eingetroffen. Wir haben seitdem täglich von 6—7 Uhr abends den Gesang der 42 Mann starke Kapelle dieses Regiments konzertieren zu hören. Am gestrigen Sonntage gab dieselbe auf dem Zieglerischen Biereller ein großes, wohlgeklungenes Militärkonzert, das sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute. Am 22. d. M. traf der Regimentsstab des 1. Leibdragooneregiments und 2. Eskadronen hier ein. — Am 18. d. M. hielt der Studentenverein Germania in Würzburg im „Jägerhof“ dahier eine Ferienversammlung mit einem am folgenden Tage sich anschließenden Frühstücken im „Engel“ ab, woran gegen 100 Studenten aus Bayern und Baden teilnahmen. — Die Ernte ist infolge der unglücklichen Witterung nur teilweise zu Hause, und sieht der Landwirt bei dem unbeständigen Wetter bedenklich in die Zukunft.“

„Sulzburg, 24. Aug. Infolge des allzuhäufigen Regens werden die Hoffnungen des Landmanns immer mehr herabgestimmt. Das Dehnd liegt naß auf dem Felde und kann nicht heimgeholt werden; das Kartoffelfeld beginnt schwarz zu werden, und an den Trauben, die zu so großen Erwartungen berechtigten, zeigt sich schon hier und da die Fäule. Wenn nicht bald anhaltend gutes Wetter eintritt, so ist die saure Arbeit der Bauern eine vergebliche gewesen.“

„Müllheim, 24. Aug. Gestern veranstaltete der hiesige Turnverein auf dem geräumigen Turnplatz in allen Teilen sehr gelungene Aufführungen. Eine große Menschenmasse sammelte sich auf dem Turnplatz und zollte den ausgezeichneten Leistungen des Vereins reichen Beifall. Es kamen u. a. zur Aufführung: Stab- und Barrenübungen, Pyramiden. Ein Schwarzwälder Erntedank, ausgeführt von 6 Herren und 6 Damen, war äußerst gelungen und wurde sehr beifällig aufgenommen. Im Laufe der Turnübungen ergriff der Vorstand des Vereins, Herr Prof. Schulz, das Wort und schilderte dann in kurzen aber markigen Zügen den Zweck und die Bedeutung der Turnvereine. Ein begeistert aufgenommenes „Gut Heil“ schloß die schönen Worte des Redners. Abends wurden dann noch von den Turnern die liberal so beliebten Marmorgruppen, verschiedenes aus der altgriechischen Geschichte entnommene Bilder darstellend, mit bengalischer Beleuchtung aufgeführt, die wieder großen Beifall hervorriefen.“

„Donauwörth, 24. Aug. In Bräunlingen wurde ein schweres Verbrechen begangen. In dem Hause des Zimmermanns Mathias Schaal fand der Kammerherr am letzten Samstag den in ein Tuch eingewickelten Leichnam eines neugeborenen Kindes, der auf dem Speicher zwischen dem Kamin und der Wand versteckt gehalten wurde. Die Tochter des Schaal, sowie deren Mutter, welche der Mitwisserschaft verdächtig ist, wurden in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert. — Gestern Vormittag ereignete sich in Bachzimmern, A. Donauwörth, ein schwerer Unglücksfall. Der 11 Jahre alte Sohn des f. f. Waldbühnen-Ministerhof mit dem Jagdgewehr seines Vaters aus Unvorsichtigkeit seinen jüngeren Bruder. Der Vater war am Samstag Abend ermüdet und durchnäht nach Hause gekommen und hatte es unterlassen, sein Gewehr zu entladen.“

„Ueberlingen, 24. Aug. Aus Anlaß des dahier stattgehabten Abgeordnetentages der Vereine des Militär-Seggaubandes und der Uebergabe der Erinnerungsmedaille an den Kriegerehren Ueberlingen wurde am S. N. H. den Großherzog ein Begrüßungstelegramm abgeschickt, worauf nachstehende huldvolle Antwort eingetroffen ist: „Ich danke den Mitgliedern des Abgeordnetentages der Vereine des Seggaubandes für die mir gewidmete Kundgebung treuer Gesinnung und erwidere diesen Gruß von Herzen. Ich freue mich über die Jubelfeier des Kriegerehren Ueberlingen und wünsche ihm noch viele fruchtbare Jahre. Friedrich, Großherzog.“ — Der Fremdenverkehr hier ist diesen Sommer ein sehr lebhafter und trotz der etwas lässigen Witterung ist die Zahl der Badgäste gegenwärtig noch eine ziemlich große. — Nächsten Mittwoch, den 26. d. M., wird die Kapelle des Königl. Inf.-Reg. Nr. 132 aus Straßburg unter Direktion des Herrn Kapellmeister Thaele im Garten des Badhotels hier konzertieren. Dieser Kapelle geht ein sehr guter Ruf voraus und sieht uns deshalb ein seltener Genuß in Aussicht. — Letzten Dienstag wurde Herrn Bürgermeister Bey hier die hohe Ehre zu teil, zur Großh. Hofkapel auf die Mainau eingeladen zu werden.“

„Aus Baden, 24. Aug. Neckarelz. Seit einigen Tagen

Hat das hiesige Manöver-Proviandamt mit seinen Einkäufen begonnen. Es ist schon eine große Menge Kartoffeln, Getreide und Strohhalm eingeliefert worden. — Todtnau. Um die ausgefallene Stelle des Rathschreibers unserer Stadt hatten sich 23 Personen beworben, darunter 19 auswärtige. Die Wahl des Gemeinderates fiel auf Herrn Roman Verberich von hier. Ein Frauerverein hat sich neu gegründet, nachdem der erste, 1886 ins Leben gerufene, vor etwa 5 Jahren sich aufgelöst hatte. Der neue Verein zählt bereits 35 Mitglieder. — Oberbachhausen. In Bödingen wurde der 4jährige Sohn des Nikolaus Lay (Friseur) von einem schwer beladenen Wagen überfahren und war sofort eine Leiche. — Gottenheim. Der etwa 40 Jahre alte verwitwete Wagner Gregor H. von Gottenheim hat sich ertränkt. Derselbe hatte Umgang mit einer Frauensperson, die er bald ehelichen wollte und zugleich mit seiner jugendlichen Stieftochter. — Unadlingen (Amt Donauschingen). Aus der Gemeindefasse wurden letzten Dienstag 700 M. gestohlen. Die Kasse befindet sich in der Wohnung des Gemeindevorstehers Joh. Rosenstühl, welcher sich am besagten Tage auf dem Felde befand und den Rassen Schlüssel auf einem Schranke liegen hatte. — In Thalheim bei Wehringen wurde der schon bejahrte Landwirt H. Schmon von seinem eigenen Gespann überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf verschied. — Wablbach. Löwenwirt Viktor Bopp hat den 2. Haupttreffer der badischen Invalidenlotterie mit 10000 M. gewonnen. — Fahrnbach. Die mit Getreide, Stroh und Getreide angefüllte Scheune des Peter Haas ist vollständig abgebrannt, vom Wohnhaus dagegen nur der Dachstuhl. Die Gebäulichkeiten sind versichert. Es ist für etwa 800 M. Getreide verbrannt.

Der 1. süddeutsche Handwerkerkongress in Heidelberg.

Am großen Saal des „Prinzen Max“ haben sich am Montag früh 9 Uhr die Teilnehmer des süddeutschen Handwerkerkongresses zusammengefunden, um zu dem von der preussischen Regierung beim Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Organisation des Handwerks Stellung zu nehmen. Die Zahl der erschienenen Teilnehmer und Delegierten betrug gegen 200. Unter den Gästen bemerkten wir u. a. den Reichstagsabgeordneten Konrad Weber, den Bürgermeister Dr. Walz in Heidelberg u. a. Der Handwerkerkongress wird durch den Vorsitzenden, Herrn Nagler, den Vorstand des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, eröffnet, der in kurzer Rede die Erschienenen begrüßt und ein Hoch auf Kaiser und Großherzog, als die „Beschützer des deutschen Handwerks“, ausbringt. An beide Fürsten werden Ergebenheitsgramme abgesandt. Bürgermeister Dr. Walz bringt im Auftrag der Stadt Heidelberg dem Handwerkerkongress seinen Gruß dar und versichert ihm das Wohlwollen der Stadt, die ihre Stärke heute im Handwerk und dem darin beruhenden Mittelstand sehe. Auch der Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands überreicht Grüße. Eine süddeutsche Innung, die keinen Delegierten schicken konnte, läßt ihre volle Zustimmung zu allen Beschlüssen aussprechen; eine andere drückt — vorsichtigerweise — ihre schriftliche Zustimmung zu den Beschlüssen der Mehrheit aus.

In nahezu 1/2stündiger Rede, die sich freilich mehr durch ihren großen Reichtum an schönen Redemendungen, wie an positiven Gedanken auszeichnet, geht der Referent, Herr Nagler aus München, auf den Inhalt des preussischen Gesetzentwurfs bezüglich der Innungsorganisation des Handwerks ein. Allerdings sind es, wie der Redner meint, keine goldenen Worte, die der Handwerker aus dem Gesetzentwurf zu hoffen hat; es ist nur der erste Schritt zur Besserung, wenn die Regierungen auf den Verweigerungsschrei des deutschen Handwerkers hörten; dannbar wollen deshalb auch die Innungen den Entwurf als Abschlagszahlung annehmen und weitere Wünsche vorläufig zurückstellen. Freilich fehle ja die Hauptsache, die erste Forderung, der Befähigungsnachweis, den die Begründung des Gesetzentwurfs für unmöglich erklärt. So gut aber die Handwerker die Forderung nach Innungsinformationen nun erreicht haben, die noch vor 5 Jahren die preussische Regierung für unmöglich erklärt habe, so sicher werden sie über kurz oder lang den Befähigungsnachweis erhalten. Dann wird die Sonne eines geeinigten Mittelstandes aufgehen, an dem von selbst das Narrenschiff der Sozialdemokratie zerbrechen wird. Der Glockenguss beginnt; Friede und Einigkeit sei ihr erstes Geläut.

So friedliebend und einig war aber doch der 1. süddeutsche Handwerkerkongress nicht; erst mußten die „staatlichen“ Gewerbe- und Industrievereine ihren Willen bekunden. Der Vorstand des schubmachereinnahme-Karlsruhe, zugleich Vorsitzender des badischen Handwerkerbundes, Herr Schmidt aus Karlsruhe, erhebt Protest dagegen, daß die Gewerbe- und Industrievereine, deren Mitglieder größtenteils Nichthandwerker seien, als Vertreter des Handwerks auftreten und in Handwerkerfragen Gutachten an die Behörden erstatten. Die Professoren könnten kein warmes Herz für das Handwerk haben, weil sie nicht darin aufgewachsen sind; die Handwerker brauchen keine Wissenschaft der Kathederprofessoren.

Daß derartige unehrliche Angriffe auf die Gewerbevereine nicht unbeantwortet bleiben konnten, war klar, aber es war kein „Professor“, kein „Doktor“ und kein „Regierungsrat“, der die schwer angegriffenen Gewerbevereine verteidigen mußte, sondern ein einfacher, schlichter Handwerker, ein Sattlermeister aus Mannheim (Herr Albans). Mit wenig Worten, ohne pompösen Prahlerei, weist er darauf hin, daß z. B. der Gewerbeverein in Mannheim, dem er als Vorstandsmitglied angehört, keinen Doktor und keinen Professor an der Spitze habe. Dagegen habe er mehr Praktisches für seine Mitglieder geleistet (z. B. durch Bekämpfung des unlauteeren Wettbewerbs, des Wankwinkels, Regelung des Kreditwesens u. s. w.) wie je eine Innung. Daß diese einfachen Worte des alten Handwerkers Wiederhall fanden, bewies der anfallende Beifall, den die Versammlung dem Redner zollte.

Weniger glücklich erging es einem anderen Redner, der auch den Mut hatte, dem Antrag des Handwerkerkongresses entgegenzutreten. Es war der Flaschnermeister Hentling aus Cannstatt, der als Delegierter des württembergischen Flaschnerverbandes, des württembergischen Landeshandwerkerverbandes, des Gewerbeverbandes der pfälzischen Gewerbevereine, eines Vorheimers Vereins u. s. w. erschienen war. Er bekämpfte den Gesetzentwurf, weil aus Zwang noch nie etwas Gutes entstanden sei, weil die Handwerker freie Männer seien, die man nicht bevormunden und am Gängelbande führen müsse. Zuerst mußten Handwerkerkammern geschaffen werden, in denen jedes Handwerk vertreten sei; und Aufgabe dieser obligat. Handwerkerkammern sei es, zu bestimmen, ob und wo Zwangsinnungen zu errichten seien. Freilich, sehr sanft sagte der Vertreter aus Schwaben den 1. süddeutschen Handwerkerkongress nicht an; er wirft den Veranstalter „Mäckerlesgeschichten“ vor, er tadelt, daß die Gewerbevereine nicht eingeladen seien; und solche Vorwürfe waren nicht nach dem Geschmack der Zuhörer.

Zuletzt spricht Hr. Schuhmachermeister Schmitt-Karlsruhe dem Hrn. Hentling die Berechtigung ab, die Handwerker Kollegen zu nennen, weil er nicht Handwerker sei, sondern Redakteur der Flaschnerzeitung. Das Wort zur Nichtteilnahme wird ihm vom Vorsitzenden versagt, weil er gegen die Geschäftsordnung länger als 10 Minuten gesprochen habe; als später Hr. Hentling doch nochmals das Wort erhält, um sich als „Flaschnermeister“ zu legitimieren, der 9 Gesellen beschäftige, wirft ihm ein anderer Redner vor, daß er gar kein Handwerker sei, sondern Kaufmann und daß er vor 16 Jahren aus Karlsruhe wegen — (den Grund nannte der Redner nicht, sondern machte nur eine unklare Handbewegung, ein anderer rief: Wechselstellung) hätte weichen müssen. Unter lautem Protest verließ der schwäbische Delegierte den Saal; ob er, nach dem allgemeinen Lärm zu schließen, Schläge ausgeteilt oder bekommen hat, konnten wir nicht konstatieren.

Die übrigen Redner, 15 an der Zahl, befrehten sich darauf, in mehr oder minder packender Rede ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf auszusprechen. Daß es dabei nicht ohne gelegentliche Seitenhiebe auf die Gewerbe- und Industrievereine abging, war natürlich. Daß in dem Gesetzentwurf 150mal das Wort „Behörde“ vorkommt, wie ein sehr warmer Freund der Hünfler (Bürgermeister Dr. Neff aus St. Johann) betonte, und das Ausschicksel des Staats sich selbst fast auf das Kleinste erstreckt, bekümmerte die einzelnen Handwerker wenig. Der eine (Schmidt-Karlsruhe) macht darauf aufmerksam, daß die Menschen im ganzen Leben den Zwang begleiten, daß er anfangs, sobald das Kind geboren sei, und erst an der Bahre aufhöre; ein anderer (ein Photograph aus Ludwigshafen) exemplifiziert sogar auf den Zwang bei den Sozialdemokraten und meint, daß es ohne Zwang keine Ordnung und kein Zusammenleben gebe, ein dritter, ein Schneidermeister seines Zeichens aus Frankfurt, tröstet die Versammlung, daß die Zwangsinnungen sich nicht vor den Nörgelern der Beamten zu fürchten brauchen, „weil ja die Beamten nicht gern zu viel arbeiten.“

Zum Schluß läßt der Vorsitzende über die von ihm eingebrachte Resolution, wonach sich der süddeutsche Handwerkerkongress dem von der preuss. Regierung vorgelegten Gesetzentwurf im Prinzip einverstanden erklärt und denselben unter dem Ausdruck des Dankes als ein Zeichen wohlwollender Absicht und ernstlichen Willens begrüßt, abstimmen. Auch die Resolution des Herrn Schmidt aus Karlsruhe, wonach der Gewerbe- und Industrievereine ihre Ergebenheitsgrüße aberkannt wird, wird zur Abstimmung gebracht. Selbstverständlich wurden beide Resolutionen mit großer Majorität angenommen. Mit einem Hoch auf das Gedächtnis des deutschen Handwerks schließt der Vorsitzende 1 Uhr 30 Min. den 1. süddeutschen Handwerkerkongress ab.

Wir tragen diesem Bericht noch die beiden Resolutionen im Wortlaut nach. Die erste lautet:

Der süddeutsche Handwerkerkongress zu Heidelberg erklärt sich mit dem von der preuss. Regierung dem Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Organisation des Handwerks, die Regelung des Befähigungsnachweises und den Meistertitel, im Prinzip einverstanden und begrüßt denselben unter dem Ausdruck des Dankes als ein Zeichen wohlwollender Absicht und ernstlichen Willens; dem Handwerk die zu seinem Kampfe mit dem Großkapital erforderliche Kraft und Stärke in gesetzlicher Vertretung zu bieten. In der Erwägung der Thatsache, daß die Mithere des Handwerks für Süddeutschland ebenso sichtbar ist wie für die norddeutschen Handwerker, rüchsten die süddeutschen Handwerker als feuerjahrender Erwerbsstand an die Regierungen die dringende Bitte, dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der in dem Referate niedergelegten Abänderungsvorschläge im Bundesrat durch ihre Vertreter zustimmen zu wollen. Der süddeutsche Handwerkerkongress erachtet an, daß nur ein festes Zusammenhalten der Handwerker für dem Ziele ihrer Forderungen näher bringt und erwartet daher, daß die Handwerker Süddeutschlands mit allem Nachdrucke die Organisation der einzelnen Gewerbe intensiv betreiben.

Die zweite Resolution, die Herr Schmidt eingebracht hatte, besagt:

Der Handwerkerkongress in Heidelberg erhebt ganz entschiedenen Protest dagegen, daß diejenigen Gewerbe- und Industrievereine, deren Vorstände und Ausschüsse, sowie die Mehrzahl der Mitglieder Berufsständlern angehören, welche nicht zum Handwerkerstande gerechnet werden können, als Vertreter des Handwerks auftreten und in Handwerkerfragen an die Behörden Gutachten erstatten und Anträge stellen, und zwar in Erwägung dessen, daß seitens derselben zusammengefügter Vereine nicht die Interessen des Handwerks, sondern in erster Linie die der Großindustrie und des Großkapitals wahrgenommen werden. Der Handwerkerkongress spricht diesen Vereinen die Berechtigung und Fähigkeit ab, Fachschulen zu errichten und in erproblicher Weise zu leiten, und erwartet, daß künftighin die neuen Organisationen des Handwerks die thätigste Förderung der Regierungen im Fachschulwesen finden.

Abonnement auf diese
2 mal täglich erscheinende Zeitung 85 Pfg.
mit täglichem Unterhaltungs-
blatt für September

Erwidernng.

Herr Landtagsabgeordneter W. Fischer in Freiburg sendet uns auf die „Erklärung“ des Herrn F. Mühlberger eine Erwidernng zu mit der Bitte um Aufnahme; wir entsprechen hiermit nach dem Grundsatze: „Audiatur et altera pars“ diesem Wunsche. Herr Fischer schreibt:

Herr Stadtrat Franz Mühlberger in Freiburg hat „nach längerer Abwesenheit“ in der „Landesztg.“ Nr. 195 l. Bl. eine mit Namensunterschrift versehene Erklärung veröffentlicht, welche anscheinend eine Rechtfertigung sein soll, in Wirklichkeit aber die geradezu unerhörten Angriffe gegen mich wiederholt, welche bereits jurisdigewiesen und widerlegt worden sind. Darauf habe ich zu erklären:

1) Herr Stadtrat Mühlberger bestreitet nicht, daß er die besagten Artikel in der „Landesztg.“ Nr. 195 l. Bl. eine mit Namensunterschrift versehene Erklärung veröffentlicht, welche anscheinend eine Rechtfertigung sein soll, in Wirklichkeit aber die geradezu unerhörten Angriffe gegen mich wiederholt, welche bereits jurisdigewiesen und widerlegt worden sind. Darauf habe ich zu erklären:

2) Es ist nicht wahr, daß die Komitteesitzung vom 3. Juli eine öffentliche Sitzung war, obgleich dieselbe im Sitzungssaal des Bezirksrates, dessen Thür die Aufschrift trägt: „Öffentliche Sitzung“ abgehalten wurde. Jene Aufschrift gilt den Bezirksratsitzungen, was auch Herr Mühlberger wissen muß. Zu jener Komitteesitzung waren nur die Mitglieder des Bezirksratskomitees und zwar durch Handschreiben des Großh. Amtesvorstandes eingeladen; weitere Einladungen, namentlich etwa durch die Presse, ergingen nicht. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß Verhandlungen, bei welchen die persönlichen, familiären und materiellen Verhältnisse einer größeren Anzahl Bezirksangehöriger eingehend besprochen werden müssen, nicht öffentlich sein können. Auch die Sitzungen des Landes-Hilfskomitees in Karlsruhe waren nicht öffentlich.

3) Wie alle anderen Mitglieder des Komitees, so war auch ich Vertreter aller unterstützungsbedürftiger Wasserbeschädigten des Bezirks, ob sie nun in Freiburg wohnen, oder dem Bezirk zugehören. Mit dieser Stellung war die Ehren- und Gewissenspflicht verbunden, alle mit gleichem Wohlwollen und gleicher Gerechtigkeit zu behandeln. Das verlangte die Rücksicht auf die Hilfsbedürftigen wie die auf die wohlthätigen Spender. Wenn Herr Stadtrat Mühlberger diesen Standpunkt nicht verstehen will, so ist das seine Sache.

4) Es ist durchaus unwahr, daß „Centrumsangehörige“ den Antrag auf Kürzung des Betrags für Freiburg beschädigte gestellt haben, vielmehr ist dieser Antrag vom Vorstand des Großh. Amtesbezirks Freiburg gestellt worden. Zeugen: Herr Geh. Regierungsrat Föhrenbach, die Herren Obergerichtspräsidenten Michan und Zuberger, wie sämtliche in der Sitzung anwesende Komitee-Mitglieder. Entweder wird hier Herr Stadtrat Mühlberger in auffallender Weise von seinem sonst sehr guten Gedächtnis in die Ecke gelassen, oder er stellt diese Behauptung wider besseres Wissen auf.

5) Herr Stadtrat Mühlberger verschweigt hartnäckig und tendenziös folgende Thatsachen, die ihm bekannt sind:
a) daß der Antrag des Herrn Geh. Regierungsrats Föhrenbach von den ca. vier und zwanzig anwesenden Herren mit allen Stimmen gegen diejenigen der drei Freiburger Stadträte angenommen wurde;
b) daß ich nicht als „Vertreter der Stadt Freiburg“ mitgewirkt habe, sondern als Mitglied des Landeshilfskomitees;
c) daß im Landes-Hilfskomitee auf meinen Antrag der Betrag für den Bezirk Freiburg von dem ursprünglich vorgeschlagenen 52 000 M. auf 55 000 M. erhöht worden ist, der Bezirk Freiburg also hier durch mich nicht verlor, sondern besser gestellt ist;

d) daß die zur Unterstützung vorgeschlagenen Freiburger Wasserbeschädigten durchschnittlich vier Zehntel ihres amtlich festgestellten Schadens vergütet erhalten, während den übrigen Beteiligten des Bezirks nicht ganz drei Zehntel zugewiesen werden konnten.
Auf eine Polemik mit Herrn Stadtrat Mühlberger brauche ich mich nach Lage der Dinge nicht einzulassen. In aller Gemütsruhe kann ich der Öffentlichkeit anheimgeben, seinem Auftreten das verdiente Zeugnis auszusprechen. Ich quittiere dem Herrn Stadtrat Mühlberger noch die „gebührende Zurechtweisung“, die er mir in seiner Bescheidenheit glaubte

erteilen zu müssen. Es ist für mich und andere Leute sehr interessant, nun auch mit seiner Unterschrift bekräftigt zu haben, daß er sich dazu berufen glaubt, in solcher Weise über andere Leute Gericht zu halten, — vielleicht weil er „die Macht in den Händen hat.“
Freiburg, den 21. August 1896.
Wilhelm Fischer, Landtagsabgeordneter.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 25. August.

„Für das Unterhaltungsblatt der „Bad. Landesztg.“ haben wir eine Reihe gediegener und spannender Romane und Novellen erworben, die noch nirgends oder jedenfalls in Baden noch nicht veröffentlicht sind. Mit dem Abdruck der reizenden Novelle „Annemarie“ von R. Sommer haben wir jedoch begonnen; wir sind sicher, damit den ungetheilten Beifall unserer verehrten Leserinnen und Leser zu erringen. Nach Beendigung der Novelle folgt eine Erzählung aus dem großen Kriege 1870/71 „Entzückt“, von dem in Freiburg amüsigen jungen Dichter A. Gunttermann; die bisher noch nicht gedruckte Erzählung spielt in Straßburg zur Zeit des Bombardements und schildert die Erlebnisse einer Straßburger Familie während zweier Schreckensnächte, wobei sich ein interessantes und packendes, psychologisch tief erfäßtes und dramatisch entwickeltes Seelengemälde, Leben und Sterben eines Spions, entrollt. Am 1. Oktober beginnt im Unterhaltungsblatt der erste Abdruck eines bisher ebenfalls noch nicht gedruckten Romans von Reinhold Ortman „Gestohlenes Glück“. Diese gediegene, ereignisreiche und spannende Erzählung gehört zu den besten Arbeiten des beliebten Schriftstellers.

P. C. Jar Jubiläumsoffier. Bei dem Wohnungsausschuß sind noch eine Anzahl Karten zur Verfügung der Massenquartiere, welche für die Festtage eingeziehet werden, zum Preis von 2 M. (eine Schlafstelle für 3-4 Tage) verfügbar. Auch kann eine größere Anzahl Privatquartiere zu mäßigen Preisen nachgewiesen werden. Es empfiehlt sich, etwaige Vorstellungen möglichst bald an die Wohnungs-Kommission (Karlsruhe-Rathaus) gelangen zu lassen.

Deutsches Sängerfest in Stuttgart. Die Schlussabrechnung ergab ein Defizit von ca. 20 000 M., welches die Stadtkasse auf sich nimmt.

Stadtpark. Morgen Mittwoch Abend findet im Stadtpark das letzte Konzert der Leibgrenadier-Kapelle vor dem Manöver unter Votter's Leitung statt. Am Donnerstag fährt das Leibgrenadier-Regiment zu dem Brigade-Exercieren nach Tauberbischofsheim.

Auszeichnung. Wie wir erfahren wurde der altrenommierten Kgl. Bayer. Hof-Schamweinfabrik Michael Oppmann Würzburg in Nürnberg und Baden-Baden der erste Preis mit goldener Medaille zuerkannt.

Zum Bierboikott. Wir haben schon vor längerer Zeit einmal gesagt, der Boykott existiere noch in Götter-einiger Streikführer. Heute wäre auch das noch zu viel behauptet. In Gegenteil: heute sind es gerade die Streikführer der hiesigen Arbeiterkassen, die laut und offen bekennen, daß der Boykott thätigkeitsmäßig nicht mehr existiert und daß er keine Wirkung völlig verfehlt hat. Umsonst — die Geister, die Kolb rief, wird er nicht mehr los. So überzeugungslos und so eindringlich er auch gewesen ist, an dem eifigen Schweigen seiner Zuhörer mochte er wohl selbst merken, daß er tauben Ohren predigte. Jämmerlich dürfte sein Vorschlag, den Boykott bedingungslos aufzuheben, Annahme gefunden haben, sofern er in einer wirklichen Volksversammlung gestellt worden wäre. Die gefrignen war indes gar keine Volksversammlung mehr. Es mögen etwa 80 Personen, darunter die Mehrzahl streikende Brauerhelfer, erschienen sein. So war es denn auch kein Wunder, daß trotz allen Zuredens der Führer, den Boykott ohne weiteres aufzuheben, alles beim alten blieb. Der Vorschlag des Mannheimer (1) Gustav Wagemann, den Boykott erst aufzuheben, wenn sämtliche verarbeitete Brauereiarbeiter wieder eingestellt sind, ging allerdings mit so geringer Stimmenmehrheit durch, daß einzelne die Majorität bezweifelten. Von einer Begründung dieser Resolution konnte keine Rede sein. Was Herr Wagemann zu ihren Gunsten beibrachte, beruhte auf vollständiger Unkenntnis der thätigkeitsmäßigen Verhältnisse und wurde von Kolb gebührend gekennzeichnet. Es wäre wirklich beschämend für die hiesige Arbeiterkassen, wenn ihr ein wildfremder Agitator, der den Boykott gar nicht zu halten braucht, die Wege vorschreiben dürfte! Die Resolution, welche den Boykott weitergeführt wissen will, wurde zwar angenommen, aber ihre Annahme ist — das darf man angesichts der schwach besuchten Versammlung getrosten sagen — gegen den Willen der hiesigen Arbeiterkassen erfolgt. Der thätigkeitsmäßige Schritt würde 28 Familienväter für immer ihrem Berufe entziehen, wenn nicht die Arbeitgeber die Umstände, unter welchen er erfolgt ist, zu würdigen wüßten. Die Brauereibesitzer hätten zweifellos das Recht, nun ebenfalls zu trogen und jede weitere Unterhandlung a limbo abzuweisen. Sie können dies um so leichter thun, als ihnen nun zum so und so vielmal nicht mehr von der „Badischen Landeszeitung“, sondern von den Führern des Streiks bezeugt ist, daß der Boykott ein glänzendes Fiasko gemacht hat. Doch hoffen wir im Interesse der armen Familien, aus den Familienväter möglichst viele wieder Gelegenheit bekommen, in gemohnter Weise ihr Brot zu verdienen.

Brandstiftung. Gestern Abend wurde in einem Hause der Werderstraße in Ahort des 3. Stodts Feuer gelegt, welches aber nicht zum Ausbruch gekommen, sondern in sich erstickt ist. Eine im gleichen Hause wohnende Frau wurde als der Thät dringend verdächtig verhaftet, deren Sohn früher schon wegen gleichen Brandstiftungen verhaftet wurde und auch gefänglich ist.

Kleine Chronik. Ein dahier in Arbeit stehender Väterbursche aus Miltshausen wurde verhaftet wegen Verbrechen gegen § 176 des R.-St.-G.-B. — Auf dem vorgestrigen Wochenmarkt am Marktplatz wurde einer in der Kriegstraße wohnenden Röhre aus Miltshausen ihr Portemonnaie mit 40 M. Inhalt aus der Rocktasche ihres Kleides entwendet. — Ein in Durlach wohnende Frau hat an 16. d. Mts. entweder vom Marktplatz dahier die zur Dampfbaht oder von da bis in ihre Wohnung eine goldene Damenuhr mit versch. edelm. Anhängel im Werte von 78 M. verloren; da dieselbe auf verschiedene Ausschreiben nicht zurückgegeben wurde, so wird vermutet, daß sie der Finder unterschlagen und sich dieselbe angeeignet hat. — Am 27. vor. Mts. wurden einem hiesigen Athletenklub durch 2 Mitglieder, die sich von hier entfernt haben, 4 Gewichtheime im Werte von 2 M. unterschlagen und von den angegebenen Preis verkauft. — In einem Hause der Waldhornstraße wurde am 18. d. Mts., abends beim Kaufhaufengehen eine ledige Wäckerin von 2 im gleichen Hause wohnenden Personen auf der Treppe überfallen und durch Faustschläge ins Gesicht mißhandelt. Sie soll früher einmal die Thäter bestrahlt haben. — Ein hier bediensteter und zu Hagsfeld wohnender Fuhrmann ist am 18. d. Mts. bei der Rudolfsstraße über das Gleise der Dampfbaht mit 2 hintereinander hängenden, mit 2 Pferden bespannten Lastwagen gefahren, trotz des herannahenden Zuges, welcher fortwährend geläutet hat. Der Zug konnte nicht mehr so rasch zum Stehen gebracht werden, so daß die Maschine den hinteren Wagen des Fuhrwerks erfaßte und etwa 2 Meter weit auf die Seite geschleubert hat, wodurch 2 Kampenhalter an der Maschine abgebrochen sind und ein Schaden von 850 M. verursacht wurde. Glücklicherweise ist ein weiteres Unglück dabei nicht vorgekommen. Der Fuhrmann wurde hierwegen zur Anzeige gebracht. — In der Zeit vom 11. bis 16. d. Mts. wurde einem in der Hardtstraße wohnenden Tagelöhner aus Ettlingen sein Koffer, der damals in ein Haus der Gartenstraße untergebracht war, erbrochen und daraus verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 950 M. entwendet. — Einer in der Leopoldstraße wohnenden Frau wurde am 21. d. Mts. auf dem Wochenmarkt am Ludwigsplatz ihr Portemonnaie mit 20 M. Inhalt aus der hinteren Rocktasche ihres Kleides im Gedränge entwendet. — Ein Schreiner in der Rheinstraße wurde angezeigt, weil er am 17. d. Mts. durch eine unzüchtige Handlung im Hardtwald öffentliches Bezeugschuldtraße in ein Haus eingeschlichen und ist dort in einem Zimmer des 3. Stockes ohne Wissen und Willen des Eigentümers übernachtet.

